

MITTWOCH, 21. APRIL 2010

Schweizer Bauer

INSERATE
031 330 30 16

Einzelpreis Fr. 2.00

www.schweizerbauer.ch

SCHOGGIGESETZ: Bundesrat stockt Kredit für Preisausgleich im Export nicht auf

Absurde politische Argumentation

Der Bund hat am 31. März entschieden, durch Verweigerung eines bisher stets bewilligten Kredites für Exportrückerstattungen auf verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten in der Getreide- und Milchbranche eine finanzielle Lücke von 60 Mio. Franken entstehen zu lassen (SB vom 10.4.2010). Wenn man in politischen Kreisen informell nach Begründungen sucht, hört man z. T. geradezu Erschütterndes: Man sei eben nicht mehr gewillt, durch öffentliche Mittel Exportfirmen weiterhin zu stützen, die ja gar nicht notleidend seien, sondern z. T. Millionen oder Milliarden Gewinne auswies. Zudem habe man diesen Firmen auch einmal zeigen wollen, was ihre vielgerühmte Marktwirtschaft ohne Staat bedeute.

Solche Überlegungen sind gleich mehrfach drastisch falsch. Einmal sind nicht alle Exporteure einfach «abzockende Grosskonzerne». Vor allem aber trifft man mit diesem Verweigerungsakt ganz andere Menschen als die offenbar Gemeinten: Die Exportindustrie kann rechtlich nämlich einfach auf den Veredelungsverkehr ausweichen. Die Zulieferanten aus der bäuerlichen Produktion und der ersten Verarbeitung wie etwa die Mühlen – gewerbliche KMU, die Arbeitsplätze erhal-

ten möchten – können dies nicht, sondern verlieren Absatz und Einkommen. Damit werden sie durch die bescherte Finanzierungslücke getroffen – und nicht irgendwelche Grosskonzerne oder Boni-Empfänger. Die Politik hat also soeben das Tor geöffnet zur Schaffung von Arbeitsplätzen – aber Arbeitsplätzen in der EU!

Es spottet jeder Verhältnismässigkeit, wenn der Bund für mehrere Konjunkturprogramme mehrere Milliarden Franken ausgibt, aber gleichzeitig 45 Mio. verweigert und dadurch einer ganzen Wertschöpfungskette unbekümmert schmerzhaft und nachhaltige Probleme auflastet.

Der Akt ist offensichtlich überhaupt nicht durchdacht worden. Doch es gab auch Leute, die die Zusammenhänge durchaus kennen und vorsätzlich handeln. Wollen sie einfach die Schweizer Betriebe für ihre Integrationspläne politisch gefügig machen? Ohne zu erkennen, dass wir schon heute die tiefsten Lebensmittelausgaben pro Kopfeinkommen in Europa haben? In einem ganz anderen Kostenumfeld operieren müssen als die EU? Und ganz andere Strukturen haben?

Für die Zukunftspläne müsste nun die verweigerte Décharge an der GV der UBS Politiker und Behörden zu denken geben: Die Öffentlichkeit will offenbar diejenigen, die einem Versorgungssystem kurzfristiger finanzieller Vorteile wegen Schaden zufügen, später nicht mehr einfach so aus der Verantwortung entlassen!

Hermann Dür
Burgdorf BE